Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile um von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 46. [48. Jahrgang.] **Mittwoch den 24. Februar 1909.** **[48. Jahrgang.] Nr. 46.**

Berlin, den 23. Februar.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Wien, 22. Februar. Das „Fremdenblatt" bezeichnet die Meldungen über den Plan einiger Großmächte, zur friedlichen Lösung der österreichisch-serbischen Krise vermittelnde Schritte, und zwar auch in Wien zu unternehmen, insbesondere in letzterem Punkte als nicht recht verständlich und glaubwürdig, denn ihre Voraussetzung wäre, daß Oesterreich-Ungarn in seiner Politik gegenüber Serbien einen Wandel habe eintreten lassen, was aber durchaus nicht der Fall sei.

Die Richtung unserer Politik, schreibt das Blatt, ist dieselbe geblieben, wie dies die heutige offizielle Erklärung an der Börse ausspricht. Es scheint, daß man an gewissen Stellen, von denen die Projekte ausgehen, die letzten Ereignisse nicht genau verfolgt, oder weiß man an diesen Stellen nicht, daß Serbien nach wie vor die Annexion Bosniens in irgend einer Weise rückgängig machen will und seit Monaten mit Krieg gegen Oesterreich-Ungarn droht, falls die Mächte ihm nicht die Erfüllung seiner Forderung zusichern? Ist es unbekannt geblieben, welche Mengen Kriegsmaterial seit vielen Wochen über Marseille, Saloniki nach Serbien geschafft worden sind? Daß sind so notorische Tatsachen, daß man sich hier nicht entschließen kann, den Meldungen von einer auch beim Wiener Kabinett beabsichtigten Intervention irgendwelchen Glauben beizumessen.

Budapest, 22. Februar. Gegenüber der Meldung, daß die Mächte angeblich beabsichtigen, gleichzeitig in Wien und Belgrad vorstellig zu werden, bemerkt der „Pester Lloyd", daß dieses Gerücht, soweit es sich auf Wien beziehe, bezweifelt werden müsse. Es sei nicht denkbar, daß die Mächte einen derartigen Schritt, der der Würde der Monarchie widerspreche, beabsichtigten.

Belgrad, 22. Februar. In einem von dem Regierungsorgan Samouprava veröffentlichten Communiqué heißt es, die Wiener und die Budapester Presse fahre nicht nur fort, Serbien mit Ultimatum und Krieg zu bedrohen, sondern die angesehensten Blätter der Nachbarmonarchie sprächen tatsächlich von der Vornahme einer gewissen Strafexpedition gegen Serbien, wenn sich dieses nicht nur den Wiener Anordnungen nicht fügen und sein Recht nicht aufgeben sollte, sich für seine Verteidigung vorzubereiten und zu bewaffnen, sondern wenn es auch verweigern sollte, für die Zukunft Bürgschaften zu geben.

In dem Communiqué heißt es dann weiter: Serbien verhält sich in jeder Beziehung mit voller Korrektheit gegen Oesterreich-Ungarn, indem es in seiner Weise, weder indirekt noch direkt, die Pflichten verletzt, welche ihm internationales Recht und internationale Sitte auferlegen. Auf diplomatischem Gebiet verteidigt es seine Rechte, indem es an das maßgebende Urteil der Signatarmächte des Berliner Vertrages appelliert. Die militärischen Vorbereitungen, die Serbien haben blicken lassen, in keiner Weise die Grenzen überschritten, in welchen ein militärisch vorbereitetter Staat in vollkommenen friedlichen Zeiten sich bewegen soll. Serbien hat auch nicht in dieser Beziehung irgend welche Schritte unternommen, die ausschließlich gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet wären. Die serbische Armee ist weder gegen Oesterreich-Ungarn konzentriert, noch ist irgend ein Teil mobilisiert. Die Grenze Serbiens gegen Oesterreich-Ungarn ist in vollkommen normalem Zustande, in den serbischen Kasernen befinden sich kaum 10 000 Soldaten mehr als zur gewöhnlichen Winterzeit, die Kadres stünde sind auf ein Minimum reduziert. Das Blatt verweist dann auf die militärischen Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns und fährt fort: Alle Großmächte kennen den dargelegten wahren Sachverhalt. Wenn die Drohungen und Beleidigungen der österreichisch-ungarischen Presse die Workurier einer diplomatischen Aktion Oesterreich-Ungarns sind, dann werden wir uns umwundern erklären, daß diese Aktion ein Vorwand zur Verwirklichung der zweiten Etappe in dem eroberungssüchtigen Balkanprogramm Oesterreich-Ungarns ist, nach welchem Serbien gleich nach Bosnien und der Herzegowina als Raubobjekt figuriert. Serbien wird sich einem solchen Versuche mit allen Kräften entgegenstellen. Wir zweifeln daran, daß Serbien in dieser Haltung isoliert bleibe, nicht nur weil wir nicht glauben, daß jetzt zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Faustrecht wiedererstanden ist, sondern weil wir überzeugt sind, einige positivere Gründe haben.

Belgrad, 22. Februar. Sämtliche Parteien haben sich für die Bildung eines Koalitionskabinetts ausgesprochen. Das neue Kabinett dürfte unter dem Präsidium des Fortschrittlers Nowakowitsch gebildet werden. Der Altradikale Milowanowitsch soll das Aeußere, Pasitsch die Bauten, Paschitsch das Finanzministerium, Protitsch das Innere, der Nationalist Ribaratsch das Justiz-, der Jungradikale Stojanowitsch das Kultus-, Jujowitsch das Handels- und General Zivkowitsch das Kriegsministerium übernehmen.

Die Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 22. Februar. Die Turquie publiziert unter dem Titel „Die Unabhängigkeit Bulgariens ist anerkannt" die Depesche des Ministers Iswolski an den Botschafter Simowiew, welche dieser am Sonnabend dem Großvezir überreichte. Die Depesche lautet:

Fürst Ferdinand von Bulgarien sprach, als er vom Ableben des Großfürsten Wladimir erfuhr, in bewegten Worten den Wunsch aus, nach St. Petersburg zu kommen, um seinem Verwandten und Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Auf die dringende Bitte des Großfürsten geruhte der Kaiser, diesem Wunsche des Fürsten Ferdinand, der von den Gefühlen der Pietät und der Liebe eingegeben war, zu willfahren. Der Fürst wird hierher kommen, um dem Leichenbegängnis des Großfürsten beizuwohnen. Ich habe den türkischen Botschafter davon benachrichtigt und ihm erklärt, daß mit Rücksicht auf die momentanen besonderen Umstände der kaiserlich. Hof nicht wird umhin können, dem Fürsten Ferdinand die dem angenommenen Titel entsprechenden Ehren zu erweisen. Die Ottomanische Regierung, die das Anerbieten unserer Vermittlung zwischen der Türkei und Bulgarien im Prinzip acceptiert hat, dürfte in diesem Akt der Courtoisie gegenüber der bulgarischen nicht einen Anstrich auf die Interessen des ottomanischen Reiches erblicken. Wir hoffen, daß unsere Verhandlungen mit dem ottomanischen Reiche zur Lösung der Frage der bulgarischen Entschädigung führen werden, was gestatten wird, zur Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens zu schreiten. Von Beginn der gegenwärtigen Krise an haben wir der ottomanischen Regierung zahlreiche Beweise der Sympathie gegeben. Demzufolge glauben wir, auf die freundschaftlichen Gefühle der ottomanischen Regierung rechnen zu können unter Verhältnissen, unter denen wir gezwungen sind, nicht nur unseren traditionellen Beziehungen zu Bulgarien, sondern auch der öffentlichen Meinung Rußlands Rechnung zu tragen.

Konstantinopel, 22. Februar. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Wie in der Pforte nahestehenden Kreisen versichert wird, hat die Pforte von den Botschaftern in London und Paris die bestimmte Mitteilung erhalten, daß weder Frankreich noch England von der Haltung Rußlands gegenüber dem Fürsten Ferdinand etwas gewußt haben. Die Pforte ist jedoch hierdurch keineswegs beruhigt und hat an ihre Botschafter eine Zirkulardepesche gerichtet, in der sie beauftragt werden, bei den Kabinetten bezüglich ihrer Haltung zum russischen Vorschlag zu sondieren. Der Botschafter in Petersburg soll außerdem beauftragt sein, den Minister des Auswärtigen Iswolski auf alle Konsequenzen seines Vorgehens aufmerksam zu machen und, an Rußlands Friedenswünsche appellierend, eine Korrigierung der weiteren Haltung Rußlands zu erwirken zu suchen.

•

Konstantinopel, 22. Februar. Die Kammer verhandelte heute über eine Reihe von Anträgen. Die Reformprojekte der Abgeordneten von Tripolis betreffend die Befestigungen von Tripolis wurden wegen ihrer politischen Bedeutung der Kommission für öffentliche Arbeiten und der Militärkommission überwiesen.

•

Sofia, 22. Februar. Wie die Agence Bulgare meldet, entbehrt die von Konstantinopler Blättern verbreitete Nachricht, daß Bulgarien die zweite und dritte Division mobilisieren wolle und verschiedene andere Kriegsvorbereitungen treffe, jeder Begründung.

Die Agence bulgare veröffentlicht eine Unterredung ihres Spezialkorrespondenten mit dem Großwesir Hilmi Pascha, der erklärte, die Türkei wünsche freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, die Richtung ihrer inneren Politik sei die nationale Freiheit. Die Türkei wolle mit Bulgarien herzliche Beziehungen unterhalten, er selbst wünsche nicht nur eine Annäherung, sondern ein enges festes Einverständnis mit Bulgarien.

Marokko.

Tanger, 22. Februar. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Die französische Presse schreibt, daß in Fez das deutsch-französische Abkommen bei einigen hohen Notabeln einen sehr guten Eindruck gemacht habe, da sie hoffen, daß das Abkommen noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen ist.

In Fez herrscht große Freude über die Bildung einer großen Mahalla, die bestimmt ist, gegen den Roghi zu ziehen. Die drei Kabylenhäuptlinge und Kaids im Süden, El Glaui, Assa Ben Omar und Mtugi, haben beschlossen, mit bewaffneten Abteilungen sich nach Fez zu begeben, um sich dem Zuge gegen Dadla anzuschließen. So dürfte nun bald in Marokko Ruhe einkehren.

Paris, 23. Februar. Aus Casablanca wird gemeldet: General d'Amade hat sich nach Oran begeben, um von dort nach Spanien weiterzureisen.

Aus dem englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause fragte am Montag der Nationalist MacNeill an, warum Sir Edward Grey den König nicht bei seinem Besuche in Berlin begleitet habe, da er doch der verfassungsmäßige Vertreter Englands bei der Besprechung von Angelegenheiten der internationalen Politik mit dem Auslande sei. Premierminister Asquith erwiderte, der König sei von dem Staatssekretär der Kolonieen Earl of Crewe begleitet gewesen. Da die Obliegenheiten des einen Staatssekretärs aber auch von einem anderen Staatssekretär erfüllt werden könnten, so sei an der Maßnahme nichts, was der Verfassung widerspreche.

In fortgesetzter Adreßdebatte brachte Ponsonby (Liberal) ein Amendement ein, in dem er verlangt, daß gegen das Oberhaus gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden in der Richtung, wie sie Campbell-Bannerman im Jahre 1907 vorgezeichnet habe. Ponsonby erklärte, eine Verzögerung in dieser Angelegenheit könne den Erfolg der Regierungspläne gefährden, und er verlangt, daß noch in dieser Session eine Vorlage eingebracht werde, durch die das Veto des Oberhauses eingeschränkt werde.

Premierminister Asquith führte aus, daß ein Vorgehen, wie es Ponsonby befürwortet habe, die sofortige Beendigung der Session bedeuten würde. Gegen ein solches Vorgehen gebe es unwiderlegbare Gründe. Die Regierung sei nicht geneigt, dem Oberhause das Recht zuzugestehen, den Zeitpunkt für eine Auflösung des Parlaments zu diktieren. Die ganze Sessionszeit sei Aufgaben gewidmet, die billigerweise oder zum Besten der Landesinteressen nicht unverfucht oder halbvollendet gelassen werden könnten. Der Premierminister erinnerte an das Budget, an die irische Landbill, sowie an die verschiedenen sozialreformatorischen Maßnahmen und sagte, hier sei Arbeit von höchster Wichtigkeit, die die sofortige Aufmerksamkeit des Hauses verlange. Die Regierung habe nicht die Absicht, der Austragung der Oberhausfrage aus dem Wege zu gehen oder sie hinauszuschieben, und bei der erstmöglichen Gelegenheit, die mit den von ihm angedeuteten parlamentarischen Verpflichtungen vereinbar sei, werde dem Lande eine Lösung vorgeschlagen werden. Durch einen kleinen Aufschub werde nichts verloren gehen.

Das Amendement Ponsonbys wurde schließlich mit 225 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Heimkehr der amerikanischen Flotte.

Die amerikanische Schlachtflotte ist von ihrer Weltreise, die 14 Monate gedauert hat, am 22. d. M. in die Gewässer von Virginien zurückgekehrt.

Aus Norfolk (Virginien), den 22., wird gemeldet: Die atlantische Flotte sowie die ihr entgegen gefahrenen 8 Kriegsschiffe sind heute vormittag vor Hampton-Roads eingetroffen. Alle Schiffe gaben zu gleicher Zeit einen Salut für den Präsidenten ab. Hierauf fand eine Flottenrevue statt, die sich zu einem glänzenden Schauspiel gestaltete, und der auf den Ufern eine nach Hunderttausenden zählende Zuschauermenge beiwohnte.

In einer kurzen Ansprache an die Kommandanten der zurückgekehrten Kriegsschiffe sagte Präsident Roosevelt, die Flotte sei in ihrer Eigenschaft als Werkzeug für den Krieg in besserer Beschaffenheit zurückgekehrt, als sie abgefahren sei. Offiziere und Mannschaften hätten sich als die trefflichsten Botschafter und Herolde des Friedens gezeigt.

Persien.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Teheran gemeldet: Die Polizei hat im Basar drei Personen verhaftet, von denen eine eine Bombe bei sich trug. Der Bombenträger wurde festgenommen und sofort in Bagschah gehenkt. Der Basar wurde militärisch besetzt.

Aus Tabris, 22. d., wird berichtet: Bei einem 10 Werst entfernten Dorfe an der Straße nach Dschulfa kam es zwischen den Reitern Sattar Khans und Rakhim Khans zu einem Zusammenstoß. Die Leute Sattar Khans wurden zurückgeworfen. Sie verloren 40 Tote und Verwundete. Der persische Postverkehr zwischen Tabris und Dschulfa ist seit einem Monat eingestellt. Die Konsularpost wurde gestern von Reitern mit Schüssen empfangen und ist nach Tabris zurückgekehrt.

Kleinere politische Nachrichten.

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Minister für Galizien Ritter v. Abrahamowitsch wegen der Angriffe, die gegen ihn im Polenklub erfolgt sind, Ende dieser Woche seine Demission geben. Als sein Nachfolger wird der Abg. v. Dulemba, der der national-demokratischen Fraktion angehört, bezeichnet. — Laut einem Petersburger Telegramm entbehren die Meldungen, daß der ehemalige Ministerpräsident Graf Witte wegen angeblicher Beziehungen zu revolutionären Kreisen vor einem besonderen Tribunal zur Verantwortung gezogen werden soll, jeder Grundlage.

Deutscher Gottesdienst in Norwegen.

Eine sowohl in religiösem wie auch in deutschnationalem Interesse erfreuliche Nachricht ist aus Christiania zu melden. Dort hat sich eine deutsch-evangelische Gemeinde gebildet, zu deren Pfarrer Herr Pastor Viktor Hermann Günther aus Auerbach (Vogtland) gewählt worden ist. Dieser hat vor kurzem sein neues Amt bereits angetreten.

Seit die Herrnhuter Brüdergemeine vor mehreren Jahren ihren deutschen Prediger-posten in Christiania eingezogen hatte, wurden in Norwegen überhaupt keine deutschen Gottesdienste mehr abgehalten, und Norwegen war längere Zeit hindurch wohl das einzige größere Land Europas, das deutscher Predigten ganz entbehrte. Unter Mitwirkung der deutschen Vertretungen in Christiania ist nun diesem Mangel abgeholfen, und die deutschen Norwegens haben Gelegenheit, Gottes Wort wieder in ihrer Muttersprache zu hören.

Die neue Gemeinde wird von dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin finanziell unterstützt und soll an die preußische Landeskirche der älteren Provinzen angeschlossen werden.

Zunächst ist in Aussicht genommen, regelmäßig zweimal monatlich, am 1. und 3. Sonntag jedes Monats, in Christiania selbst Gottesdienste stattfinden zu lassen, und der dortige Missionsverein hat dazu sein Missionshaus (Akersgade 72) bereitwilligst zur Verfügung gestellt.

Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich ein Bedürfnis dazu erweisen sollte, auch in anderen norwegischen Städten durch den Pfarrer deutsche Gottesdienste abgehalten werden.

Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß das junge Unternehmen, das sich auch der Sympathieen der Norweger erfreut, dazu beitragen wird, die im Lande befindlichen deutschen Elemente religiös und national enger zusammenzuschließen. Auch der deutsche Tourist, wenn er Norwegen bereist, wird erfreut sein, deutsche Gottesdienste im fremden Lande nicht, wie bisher, ganz entbehren zu müssen, und so mag die junge Gemeinde dem warmen Interesse aller derer empfohlen sein, denen ein reges religiöses und nationales Leben der Deutschen im Ausland am Herzen liegt.

Hof- und Personalnachrichten.

• Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begeben sich, einer Einladung Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg und Gotha folgend, am Mittwoch früh auf einige Tage nach Oberhof.

• Herzogin Marie zu Mecklenburg-Strelitz ist gestern nachmittag von Dresden hier angekommen und vom Großherzog von Mecklenburg-Strelitz empfangen worden. Beide sind dann Abends nach Neu-Strelitz abgereist.

• Der König von Spanien ist gestern aus Pau nach Madrid zurückgekehrt und hat sich am Abend mit der königlichen Familie nach Sevilla begeben.

• Fürst Ferdinand von Bulgarien begab sich gestern von St. Petersburg nach Zarskoje-Selo, wo er vom Kaiser und dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch auf dem Bahnhofe empfangen wurde. Der Fürst wurde zur kaiserlichen Frühstückstafel geladen. Die weiter gemeldet wird, wurde der Fürst gestern von der Kaiserin Alexandra Feodorowna empfangen.

ha. Prinz und Prinzessin Heinrich von Schönburg-Waldenburg sind aus Droysig hier eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen; desgleichen sind dort abgestiegen Prinz Hermann zu Stolberg-Wernigerode, sowie Prinz Adolf Löwenstein-Wertheim-Freudenberg.

ha. Die Familie derer v. Nathusius hielt gestern ihren Familientag ab.

• Dem Leichenbegängnis des früheren Botschafters in Berlin Marquis de Noailles wohnte gestern in Paris u. a. Fürst Radolin als Vertreter des Deutschen Kaisers bei.

z. Der zur Disposition gestellte Generalleutnant Adolf v. Graffen ist am 8. Mai 1851 in Bredelsdorf in Schleswig-Holstein geboren, besuchte die Gymnasien in Rendsburg und Schleswig, sowie die Realschule in Dalbersitadt und trat am 28. Juli 1870 in die 9. Artilleriebrigade, in der er den Feldzug mitmachte. Er wurde am 9. März 1872 Leutnant im 9. Feldartillerieregiment, kam 1880 in das 2. Garde-Feldartillerieregiment, in dem er am 22. März 1881 Oberleutnant, am 15. August 1886 Hauptmann und Batterichef wurde. 1890 wurde er Adjutant der 11. Division und 1892 als Major zum Militärkabinett kommandiert. Fünf Jahre darauf wurde er Abteilungskommandeur im 3. Garde-Feldartillerieregiment, rückte am 18. April 1899 zum Oberstleutnant und Kommandeur des 4. Garde-Feldartillerieregiments auf und wurde am 18. Mai 1901 zum Obersten befördert. Zwei Jahre darauf erhielt er die 17. Feldartilleriebrigade in Schwerin und wurde am 22. April 1905 zum Generalmajor befördert. Am 17. Dezember 1908 wurde er zum Generalleutnant befördert.

z. Der nunmehrige Generalleutnant z. D. Arnold Frhr. von Amelungen ist am 4. Dezember 1849 in Kassel geboren und am 30. Oktober 1870 im 43. Infanterieregiment Offizier geworden. Während des Krieges erwarb er sich das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. 1877 in das 4. Garderegiment zu Fuß versetzt, rückte er am 4. März 1879 zum Oberleutnant, am 22. Dezember 1885 zum Hauptmann, am 15. August 1893 zum Major und Bataillonskommandeur auf, worauf er im April 1900 zum Stabe des Infanterieregiments Nr. 51 nach Breslau kam. Er rückte am 22. April 1902 zum Obersten und Kommandeur des 3. Grenadierregiments in Königsberg auf und wurde am 21. Mai 1906 unter Beförderung zum Generalmajor zum Kommandeur der 2. Infanteriebrigade in Königsberg ernannt.

z. Der nunmehrige Generalleutnant z. D. Kurt v. Sanden ist am 19. Januar 1851 in Groß-Kitten, Kreis Fridland i. Ostpr., geboren und am 12. April 1869 aus dem Kadettenkorps in das Grenadierregiment Nr. 1 eingestellt worden. Im Kriege 1870/71 rückte er (3. September) zum Offizier auf und erwarb sich das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Nachdem er 1876 zur Kriegsschule in Hannover kommandiert und am 18. Januar 1879 zum Oberleutnant befördert worden war, kam er 1883 in das Kriegsministerium, wo er am 15. Juni 1885 zum Hauptmann aufrückte. Vier Jahre später wurde er als Kompagniechef in das 52. Infanterieregiment versetzt, wurde am 18. April 1893 Major und Adjutant beim Generalkommando des 11. Armeekorps in Kassel und rückte 1896 zum Bataillonskommandeur auf. 1897 in das 95. Infanterieregiment versetzt, wurde er am 5. Juli 1899 zum Oberstleutnant befördert und zum Kommandeur des 4. Jägerbataillons in Bitsch ernannt. Am 27. Januar 1902 rückte er zum Obersten und Kommandeur des 93. Infanterieregiments in Posen auf und erhielt am 10. April 1906 unter Beförderung zum Generalmajor die 34. Infanteriebrigade in Schwerin.

Deutsches Reich.

* Im Anschluß an die von der Stettiner Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform berufene öffentliche Versammlung vom 15. d. M., über die wir seinerzeit berichtet haben, wurde seitens des Ausschusses folgendes Telegramm an den Reichskanzler Fürsten v. Bülow gerichtet:

Mehrere hundert Stettiner Wähler aus allen bürgerlichen Parteien haben soeben nach einem gründenden Vortrage des Reichstagsabgeordneten Prof. Görke in einer kräftigen Resolution die bestimmte Ueberzeugung bekundet, daß unter allen Umständen und ohne Verzug eine gründliche und dauernde Regelung der Reichsfinanzen erfolgen muß. Indem wir hierzu Mitteilung machen, geben wir zugleich der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß es Ew. Durchlaucht gelingen möge, auch dieses schwere Werk zum Heile des Vaterlandes zu einem glücklichen Ende zu führen.

Vom Reichskanzler ist darauf zu Händen des Leiters der Versammlung, Prof. Ulich, folgende Antwort eingegangen:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, dem Ausschuß der Stettiner Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform meinen aufrichtigen Dank für das freundliche Telegramm vom 15. d. M. übermitteln zu wollen. Die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten über die Durchführung der Reform finden meine volle Anerkennung. Möge dem für die Fortentwicklung des Deutschen Reiches so bedeutsamen Werke ein glücklicher Abschluß beschieden sein.

Bülow.

* Seit Montag tagt in Stuttgart vom Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen der Ausschuß für Angelegenheiten des Personenverkehrs. Er befaßt sich in der Hauptsache mit dem Vereinsreisevorkehr (für zusammengestellte Fahrscheinhefte). Für diese Einrichtung sind in den Ausschuß außer den dem Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen angehörigen deutschen, österreichischen, ungarischen und niederländischen Bahnen noch vertreten die Eisenbahnverwaltungen von Frankreich, Italien, Schweiz, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Im ganzen sind 60 höhere Eisenbahnbeamte erschienen, an der Spitze Präsident Behrendt von der Eisenbahndirektion Berlin als Vorsitzender der geschäftsführenden Verwaltung des Vereins. Die Sitzung wird von der Generaldirektion der württembergischen Staatseisenbahn geleitet, die seit über 25 Jahren den Vorsitz in diesem Ausschuß führt. — Wie der Schwäb. Merkur erfährt, sind verschiedene Neuerungen für zusammenstellbare Fahrscheinhefte beschlossen worden. Es handelt sich dabei um die Einbeziehung neuer Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsstrecken, sowie um die Festsetzung einer neuen Geschäftsordnung und neuer Ausführungsvorschriften.

* Im 18. hannoverschen Wahlkreis Stade-Bremervörde ist die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Senator Reese auf den 6. April anberaumt worden. In einer Vertrauensmännerversammlung der Freisinnigen Volkspartei wurde mit großer Majorität die Aufstellung eines eigenen Kandidaten beschlossen.

* Aus Saarburg, 18. d., schreibt man uns: In einer heute abend vom Saarwinzer-Verein abgehaltenen Versammlung, zu welcher alle Interessenten der Saar: Winzer, Winzervereine, Weingutsbesitzer und Weinhändler eingeladen waren, wurde in Bezug auf die Beschlüsse der Kommission zur Beratung des Weingesetzentwurfes in dritter Lesung folgendes mit allen gegen 1 Stimme beschlossen: „Die Versammlung ist mit den Beschlüssen der Kommission in dritter Lesung im wesentlichen einverstanden. Nur muß der Herkunftsnachweis auf Flaschen, wie im Antrag Bassermann, daß in diesen viel zu weit gehende Freiheiten gewährt werden, daß dem Betrug Tür und Tor öffnen und den hiesigen Winzbau schädigen würden. Die Versammlung beantragt deshalb, daß der § 6a einige Zusätze erhält, so daß er folgendermaßen lautet: ‚Ein Verschnitt aus Erzeugnissen verschiedener Herkunftsgebiete darf feilgehalten werden, von dem mindestens die Hälfte in dem Verschnitt enthalten ist. Jedoch ist die Angabe einer Weinbergslage nur dann zulässig, wenn der Verschnitt ausschließlich aus ungezuckerten Bestandteilen gleichwertiger benachbarter oder nahegelegener Lagen besteht. Es ist verboten, in der Benennung eines Verschnittes den Namen eines Weinbergsbesitzers anzugeben oder anzudeuten, sofern es sich nicht um das Wachstum eines und desselben Weinbergsbesitzers in benachbarten resp. nahegelegenen gleichwertigen Lagen handelt."

* Die Gesellschaft für soziale Reform hält vom 4. bis 6. März in Frankfurt a. M. ihre vierte Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen das Recht und die Versicherung der Privatangestellten. Für das erste Thema referiert der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff, über die Pensionsversicherung wird Dr. Kahn-Frankfurt a. M. berichten. Vorbereitet sind die Verhandlungen durch drei Hefte der Schriften der Gesellschaft (Jena, Gustav Fischer), die mit Sachkenntnis die einschlägigen Fragen erörtern. Auskunft über die Generalversammlung erteilt das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 29/30.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus.

* Infolge der notwendigen Zurückstellung der Beratung über den Wohnungsgeldzuschuß wird nach der für Mittwoch in Aussicht genommenen Besprechung der Hochwasserinterpellation der Etat des Ministeriums des Innern am Donnerstag und den folgenden Tagen zur Beratung gelangen.

Heer und Flotte.

* Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten. Die bisherigen amtlichen Erhebungen über die Tauglichkeit zum Militärdienst bezogen sich in Deutschland nur auf die zur Musterung oder zur endgültigen Aushebung als tauglich bedingt oder mindertauglich, untauglich oder unwürdig gelangenden jungen Leute. Obgleich die Ergebnisse dieser Erhebungen, nach welchen namentlich Ostpreußen nebst einer Anzahl anderer nordöstlicher Gebiete sowie Elsaß-Lothringen sich besonders günstig abzuheben pflegten, nicht ohne Wert waren, so konnte doch nicht verkannt werden, daß in ihnen nur die Tauglichkeit der bis zum wehrpflichtigen Alter überlebenden männlichen Jugend zum Ausdruck kommt. Der Wert einer bestimmten Bevölkerungsgruppe als Rekrutenquelle richtet sich aber nicht allein hiernach; sie kann durch zahlreichen Nachwuchs, geringe Sterblichkeit, schwache Auswanderung usw. ungünstige Tauglichkeitsverhältnisse ihres Nachwuchses ausgleichen und umgekehrt. Stellt z. B. eine Bevölkerung, die durchschnittlich 4 Söhne auf die Familie hervorbringt, nach 20 bis 21 Jahren immer je 3 davon zum Heere, während einer andern